



Bund für  
Umwelt und  
Naturschutz  
Deutschland



CLIMATE ALLIANCE  
KLIMA-BÜNDNIS  
ALIANZA DEL CLIMA



## Gemeinsames Positionspapier

März 2007

# Neuer Erlass zur Holzbeschaffung: Bundesregierung akzeptiert Waldzerstörung, Klimakollaps und Missachtung indigener Völker

Am 28. Januar 2007 veröffentlichte die Bundesregierung einen Erlass für ihre Beschaffung von Holz und Holzprodukten<sup>1</sup>. Die Bundesbehörden sollen demnach ab sofort nur noch Holz aus legaler und nachhaltiger Waldwirtschaft beschaffen. Zugelassen werden die Zertifizierungssysteme FSC (Forest Stewardship Council) und PEFC (Programme for the Endorsement of Forest Certification Schemes) sowie - nach entsprechender Einzelfallprüfung - vergleichbare Zertifikate und Einzelnachweise.

Die unterzeichnenden Organisationen kritisieren diese Entscheidung. Die Bundesregierung sollte bei der Ausgestaltung ihrer eigenen Beschaffungsregelungen Vorbild für entsprechende Regelungen im öffentlichen und privatwirtschaftlichen Bereich

sein. Doch der vorgelegte Erlass ist nicht geeignet, dazu beizutragen, die weltweite Waldzerstörung, die von Bundeskanzlerin Merkel und Bundesumweltminister Gabriel als zentrales Umweltproblem erkannt wurde, aufzuhalten. Hinzu kommt: Auch die Klimaschutzziele der Regierung werden durch die neue Beschaffungsrichtlinie konterkariert, denn allein 18 bis 25% der weltweiten CO<sub>2</sub>-Emissionen werden durch die Waldvernichtung und deren Folgen verursacht.

### Ökologische und soziale Unterschiede verschleiert

FSC ist von ökologischen, sozialen und ökonomischen Interessenvertretungen paritätisch geformt. PEFC ist maßgeblich von den Interessen der Forst- und Holzindustrie geprägt. Der Erlass verwässert die qualitativen Unterschiede, die beim Herkunftsnachweis sowie bei den sozialen und ökologischen

<sup>1</sup> Papierprodukte sind in diesen Beschaffungserlass nicht mit eingeschlossen.

# Gemeinsames Positionspapier

März 2007 · Neuer Erlass zur Holzbeschaffung

Anforderungen zwischen dem FSC und dem PEFC bestehen.

Zudem wird durch die undifferenzierte Anerkennung aller unter dem Dach des PEFC versammelten höchst unterschiedlichen nationalen Zertifizierungssysteme das Ziel einer ökologisch und sozial gerechten Beschaffung unterlaufen: Eine Holzverwendung aus Regionen, in denen traditionelle Rechte missachtet, schutzwürdige Wälder auch illegal eingeschlagen und Großkahlschläge durchgeführt werden, kann mit diesem Erlass nicht ausgeschlossen werden.

Mit der Zulassung der PEFC-Systeme erkennt die Bundesregierung auch vom Verfahren her wenig glaubwürdige Zertifizierungssysteme an. So hat der deutsche PEFC beispielsweise:

- keine ausgewogene Regelung der Mitbestimmung für alle beteiligten Interessengruppen,
- eine regionale Zertifizierung, bei der alle Betriebe ohne verpflichtend vorgeschriebene Eingangskontrolle ein Zertifikat erhalten können,
- ein Stichproben-Kontrollsystem, das nicht einmal eine einmalige betriebliche Kontrolle innerhalb der fünfjährigen Zertifikatsgültigkeit sicherstellt.

## Urwaldzerstörer aus Kanada, USA, Australien, Finnland anerkannt

Die Bundesregierung hat ohne Not darauf verzichtet, eigene Mindestanforderungen für eine nachhaltige Holzbeschaffung festzuschreiben. Sie orientiert sich somit am untersten Niveau der pauschal akzeptierten PEFC-Systeme, wie beispielsweise:

- an dem Swedish Forest Certification Scheme, das die traditionellen Rentier-Weiderechte der Saami nicht respektiert,
- an dem Finnish Forest Certification Council, das weder die besondere Schutzwürdigkeit

der letzten finnischen Urwaldrestgebiete, noch die traditionellen Nutzungsrechte der Rentierzüchter anerkennt,

- an dem kanadischen Sustainable Forest Management Program (CSA), das großflächige Kahlschläge von Urwäldern akzeptiert und die traditionellen Land- und Nutzungsrechte nordamerikanischer Indianer missachtet,
- an der nordamerikanischen Sustainable Forestry Initiative (SFI), die ebenfalls großflächige Kahlschläge zulässt,
- an dem Australian Forest Certification Scheme (AFS), das die Zerstörung der tasmanischen Urwälder und die Umwandlung in Monokulturen akzeptiert,
- Weitere nationale Zertifizierungssysteme wie das malaysische MTCC stehen vor der Anerkennung durch den PEFC. Damit wäre ein weiteres Zertifikat zugelassen, das ausdrücklich Landrechtsfragen der indigenen Völker außen vor lässt.

## Überprüfbare und transparente Kriterien notwendig

Die unterzeichnenden Verbände fordern die Bundesregierung auf, ihre öffentliche Beschaffung sofort zu überarbeiten und dabei ausschließlich auf qualitativ hochwertige Kriterien sowohl für die Zertifizierung von Waldbewirtschaftung als auch für die Produktionskette (chain of custody) zu setzen:

1. Holz und Holzprodukte müssen aus nachhaltigem und legalem Einschlag stammen.
2. Der Erhalt von Urwäldern und besonders schützenswerten Waldgebieten muss durch das Zertifizierungssystem explizit unterstützt werden.
3. Holz und Holzprodukte dürfen nicht aus Waldnutzungen stammen, bei denen die Land- und Nutzungsrechte indigener Völker

# Gemeinsames Positionspapier

März 2007 · Neuer Erlass zur Holzbeschaffung

und lokaler Gemeinschaften ungeklärt sind oder nicht berücksichtigt wurden.

4. Im Rahmen der Produktionsketten-Zertifizierung muss auch die Beimischung von nicht-zertifizierten Holzanteilen die hier genannten Mindestanforderungen erfüllen.
5. Eine Prüfung durch unabhängige Dritte (Zertifizierer) muss immer **vor** der Zertifikatsvergabe nach transparenten und überprüfbaren Kriterien erfolgen.
6. Holzwirtschaft, soziale Gruppierungen und Umweltgruppen müssen bei der Entwicklung und Genehmigung von Standards gleiche Stimmzahl und -recht haben.
7. Holz und Holzprodukte dürfen nicht von gentechnisch veränderten Baumarten stammen.

## Veröffentlichungspflicht

Nach diesen Kriterien sollten die von der Bundesregierung mit der Überprüfung weiterer Zertifikate und Einzelnachweise beauftragten Institutionen zukünftig entscheiden. Alle Kriterien und Entscheidungen über Einzelsysteme (inkl. Subsysteme) müssen auf den Homepages der Bundesministerien veröffentlicht werden.

## Erlass zur Holzbeschaffung darf nur der Anfang sein - wir fordern die Bundesregierung auf:

- einen glaubwürdig nachhaltigen Erlass zur Holzbeschaffung nach den Mindeststandards des FSC (Forest Stewardship Council) einzuführen,
- sich für Gesetze innerhalb der EU einzusetzen und in Deutschland zu verabschieden, die den Besitz und Handel von Holz aus illegalem Einschlag strafbar machen und verbieten.

Nur so kann der aus den Fugen geratene Holzmarkt kontrolliert und der Rohstoff Holz aus guter Waldbewirtschaftung gefördert werden.

## Unterzeichnet von:

### Arbeitsgemeinschaft Regenwald und Artenschutz

Wolfgang Kuhlmann

[wolfgang.kuhlmann@araonline.de](mailto:wolfgang.kuhlmann@araonline.de)

### Bund Naturschutz Bayern

Ralf Straußberger

[ralf.straussberger@bund-naturschutz.de](mailto:ralf.straussberger@bund-naturschutz.de)

### BUND

László Maráz, Waldpolitischer Sprecher

[maraz-laszlo@gmx.net](mailto:maraz-laszlo@gmx.net)

### Greenpeace

Martin Kaiser, Campaigner Wald

[martin.kaiser@greenpeace.de](mailto:martin.kaiser@greenpeace.de)

### Klima-Bündnis der europäischen Städte mit indigenen Völkern der Regenwälder - Europäische Geschäftsstelle,

Dr. Andreas Kress

[a.kress@klimabuendnis.org](mailto:a.kress@klimabuendnis.org)

### NABU

Jörg-Andreas Krüger, Fachbereichsleiter Naturschutz und Umweltpolitik

[joerg.krueger@NABU.de](mailto:joerg.krueger@NABU.de)

### Ökologischer Jagdverband (ÖJV),

Elisabeth Emmert, Bundesvorsitzende

[e.emmert@oejv.de](mailto:e.emmert@oejv.de)

### Robin Wood

Rudolf Fenner; Waldreferat

[wald@robinwood.de](mailto:wald@robinwood.de)

### urgewald

Lydia Bartz

[lydia@urgewald.de](mailto:lydia@urgewald.de)

### WWF Deutschland

Nina Griesshammer, Forstpolitik/Tropenwald

[griesshammer@wwf.de](mailto:griesshammer@wwf.de)